



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

26. Sitzung (öffentlich)

12. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung des Krebsregistergesetzes

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3206

Der Ausschuss kommt überein, keine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchzuführen. Die Beratung im AGS-Ausschuss ist für die erste Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause vorgesehen.

2 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW) 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

Der Ausschuss beschließt, zu diesem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchzuführen.
(Im Nachgang zur Sitzung werden als Anhörungstermin der 12. und 13. September 2013 festgelegt.)

3 Verschiedenes 5

Die AGS-Ausschusssitzung am 17. Juli 2013 entfällt.

Die erste AGS-Ausschusssitzung nach der parlamentarischen Sommerpause findet am 11. September 2013 statt.

(Im Nachgang der Sitzung wird entschieden, am 12. und 13. September 2013 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum GEPA NRW Drucksache 16/3388 durchzuführen.)

Der für den 18. September 2013 vorgesehene AGS-Ausschusssitzungstermin entfällt.

2 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum am Vortag an den AGS-Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr zur Mitberatung überwiesen worden.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter habe für jedes Ausschussmitglied in einem Aktenordner eine Übersicht und die Auswertung der Verbändeanhörung zusammengestellt.

Der Verordnungsentwurf sei dem Ausschuss bereits in elektronischer Form zugegangen. Die Verteilung der entsprechenden Vorlage folge.

Auf Nachfrage im Ausschuss zum weiteren Beratungsverlauf hält der Vorsitzende fest, dass die Durchführung einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen gewünscht werde. Die Kautelen zum Anhörungstermin würden von den Obleuten festgelegt.

